



Razzia gegen rechtsextremes Internetradio (1/2)

POLITIK • INLAND

ES GEHT AUCH SO ... IN DEUTSCHLAND:

Razzia gegen rechtsextremes Internetradio

Beamte des Bundeskriminalamts (BKA) durchsuchten am 3. November mit Unterstützung der Landespolizeibehörden in 10 Bundesländern 22 Wohnungen bzw. Häuser von Betreibern des rechtsextremen Internetradios „Widerstand-Radio“.

Die Schwerpunkte der Durchsuchungen, an denen rund 270 Beamte beteiligt sind, liegen in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen.

Die 23 Beschuldigten im Alter von 20 bis 37 Jahren aus dem gesamten Bundesgebiet sind verdächtig, sich als Administratoren und Moderatoren sowohl durch Kommentare als auch durch das Abspielen von Musiktiteln deutscher und internationaler Skinhead-Bands mit menschenverachtenden, rassistischen und zum Teil nationalsozialistischen Inhalten strafbar gemacht zu haben.

Das „Widerstand-Radio“ war rund um die Uhr weltweit über das Internet hörbar. Die Staatsanwaltschaft Koblenz ermittelt gegen die Beteiligten des „Widerstand-Radio“ wegen des Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung, Volksverhetzung und weiterer Straftaten.

21 Beschuldigte wurden aufgrund von Haftbefehlen festgenommen und werden dem Haftrichter vorgeführt. Im Rahmen der Durchsuchungen wurden zahlreiche Computer, Laptops, Festplatten und Mobiltelefone sowie unterschiedliche Gegenstände, die nach vorläufiger Bewertung dem Waffengesetz unterliegen, sichergestellt.

Die Ermittlungen dauern an.

BKA-Präsident Jörg ZIERCKE: *„In jüngster Zeit sind in der rechtsextremen Szene deutliche Tendenzen einer Modernisierung von Werbe- und Mobilisierungs-*

strategien feststellbar. Dazu gehört auch, dass Musik gezielt eingesetzt wird, um Jugendliche und junge Erwachsene anzusprechen und für die rechtsextremistische Szene zu rekrutieren. Die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Koblenz und des BKA sind als deutlicher Hinweis an Betreiber anderer rechtsextremistischer Internetradios zu verstehen, dass die Verbreitung von Liedtexten mit rechtsextremistischen und fremdenfeindlichen Inhalten, auch im Internet, konsequent verfolgt wird.“

Mit dem Großeinsatz geht die deutsche Polizei zum wiederholten Mal aktiv gegen die Verbreitung rechts-extremistischer Musik über das Internet vor: In den vergangenen Jahren wurden durch das BKA mehrere bundesweite Maßnahmen gegen die Verbreitung rechts-extremistischer Musik im und über das Internet initiiert und koordiniert. Davon betroffen waren Internet-Auktionshäuser und Internet-Tauschbörsen.

Rechtsextremismus steigt

Ob im Internet oder auf der Straße: die zuständigen Stellen orten allseits einen Anstieg rechtsextremer Äußerungen und Vorfälle in den vergangenen Jahren. Sieht man sich die Anzahl von Anzeigen wegen NS-Wiederbetätigung an, ist vor allem von 2006 auf 2007 ein sprunghaftes Ansteigen zu erkennen. 2006 wurde demnach 752 Mal Anzeige erstattet, 240 Mal ging es dabei um Tathandlungen, 186 Mal wurden Verstöße gegen das Verbotsgesetz angezeigt. 2007 verzeichnet die Statistik insgesamt 752 Anzeigen (343 Tathandlungen, 369 Anzeigen betrafen das Verbotsgesetz). 2009 wurden 791 Anzeigen aufgenommen, davon 396 nach dem Verbotsgesetz, 453 betrafen Tathandlungen.

Auf stopline.at kann man rechtsextreme Einträge im Internet melden. Die Informationen werden dann ohne Namen des Meldenden an das Innenministerium weitergegeben. 2009 gingen hier 222 Meldungen wegen nationalsozialistischer Betätigung ein, 21 Meldungen wurden als zutreffend qualifiziert. 2010 gab es bis September bereits 280 Meldungen, von denen 53 als einschlägig zutreffend eingestuft wurden.

ZARA (Zivilcourage und Anti-Rassismus-Arbeit) ortet ebenfalls ein stetiges Steigen der Zahl der Meldungen das Internet betreffend, betreibt aber kein systematisches Monitoring. Zu verdanken sei der Anstieg aber sicherlich auch *„dem wachsenden Bewusstsein bei ZeugInnen für rassistische Inhalte“*, sagt Wolfgang Zimmer von ZARA. Auch die Beobachtungen von INACH (International Network against Cyber Hate), dem auch Zara angehört, lassen demnach auf einen rasanten Anstieg neonazistischer Aktivitäten im Netz schließen.

„Die AkteurInnen sind sehr geschickt und nutzen alle möglichen Kanäle, um ihre Hassbotschaften zu verbreiten.“ Die meisten Meldungen an ZARA betreffen übrigens Mainstream Anbieter im Internet wie Youtube, Facebook und große Foren. Das rühre daher, da es sich bei den Meldenden ausschließlich um sensibilisierte und informierte Personen handle, die wenig Kontakt zu einschlägigen extremistischen Netzwerken hätten, so Zimmer.

Das *Forum gegen Antisemitismus* verzeichnete von 2008 auf 2009 einen hohen Anstieg an das Forum gemeldeter Vorfälle: 2008 zählte man demnach 46 Vorfälle (Beschimpfungen, Beschmierungen, Sachbeschädigung, Schmährufe und -briefe etc.), im Vorjahr dann 200. Dazu Oliver Klein vom Forum gegen Antisemitismus: dieser Anstieg sei vor allem auf die Auseinandersetzungen in Gaza und die EU-Wahlen zurückzuführen gewesen. Heuer gingen bis einschließlich September bereits 65 Meldungen beim Forum ein. Dies bedeute zwar einen Rückgang gegenüber 2009, *„allerdings im Vergleich zum Jahr 2008 immer noch einen hohen Wert“*, so Klein.



Razzia gegen rechtsextremes Internetradio (2/2)

POLITIK • INLAND

KONFERENZ IN WIEN:

„Modern Times, New Networking: Youth, Hate and Web 2.0“

INACH (International Network against Cyber Hate) nennt sich ein internationales Netzwerk, das sich mit Hass im Internet beschäftigt. Von 22. Bis 23. November veranstaltet die Plattform in Wien in der Hofburg eine Konferenz zum Thema „Modern Times, New Networking: Youth, Hate and Web 2.0“. „Die Gemeinde“ sprach im Vorfeld mit Vertretern der beiden Netzwerkmitglieder ZARA (Ö) und jugendschutz.net (D).

Der Zeitpunkt könnte nicht aktueller gewählt sein: alpen-donau.info ist in aller Medien Munde, während in Wien Organisationen aus ganz Europa zusammentreffen, um über gemeinsame Strategien gegen Rassismus und Rechtsextremismus im Internet zu beraten. Die Beobachtungen sind in den verschiedenen Ländern ähnlich: „Wir alle stellen fest, dass sich rechtsextreme Propaganda zunehmend im Web 2.0 – in sozialen Netzwerken, Musik- und Videoplattformen – abspielt“, sagt Christiane Schneider von jugendschutz.net.

Die deutsche Organisation hat INACH 2002 mit der niederländischen Magenta Foundation gegründet, um im Rahmen des Verbundes von Meldestellen, die im Bereich Rassismus und Hetze im Internet tätig sind, die Kräfte zu bündeln und jeweils von der Expertise der anderen Partner zu profitieren. Die in Wien ansässige Organisation ZARA (Zivilcourage- und Anti-Rassismus Arbeit) trat INACH 2007 bei.

Wolfgang Zimmer von ZARA sieht Unterschiede im Zusammenhang mit rechtsextremen Inhalten im Netz wie auch Schneider nicht in deren Produktion, sondern im Umgang der einzelnen Staaten mit diesen. „In Ländern wie Deutschland oder Holland zum Beispiel besteht ein entsprechendes Bewusstsein für die Problematik von Cyber Hate bei den Verantwortlichen. Dadurch stehen solchen Mitgliedsorganisationen wesentlich mehr Mittel zur Verfügung, um zum einen gezieltes Monitoring zu betreiben und zum anderen entsprechende Handlungen zu setzen. In Österreich wird Rassismus und Antisemitismus im Netz noch nicht wirklich ernst genommen. Dementsprechend verfügt ZARA über keine Ressourcen, um ein systematisches Monitoring zu betreiben.“

Die rechtlichen Regelungen halten sowohl Schneider als auch Zimmer für ausreichend. „Das Problem liegt auch an der tatsächlichen Verfolgung von TäterInnen und deren oftmaliger Anonymität“, meint der ZARA-Experte. „Die oft beklagte Überlastung der Strafverfolgungsbehörden, gepaart mit einem manchmal merkbaren Desinteresse an der Bekämpfung von Cyber Hate tragen ebenfalls dazu bei, dass nur die allerwenigsten TäterInnen ausgeforscht und dann auch angeklagt oder bestraft werden.“

Schneider beklagt, dass die internationalen Rahmenbedingungen mit den deutschen und österreichischen Regelungen nicht Schritt halten. „Allerdings gibt es mit dem bis zum 28. November 2010 durch die EU-Mitgliedstaaten verbindlich umzusetzenden Rahmenbeschluss zur strafrechtlichen Bekämpfung bestimmter Formen von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit erstmals auf EU-Ebene die Vorgabe, dass beispielsweise das öffentliche Aufstacheln zu Hass oder Gewalt durch öffentliches Verbreiten von Schriften, Bildern oder sonstigem Material in allen Mitgliedstaaten strafrechtlich verfolgt werden muss.“

Die deutsche Organisation beobachtet übrigens alpen-donau.info – diese Seite befasst sich ja vor allem mit in Österreich relevanten Themen – schon seit April 2009. „Unserer Einschätzung nach befinden sich auf der Website jugendgefährdende beziehungsweise illegale Inhalte, da dort Beiträge verbreitet werden, in denen zu Rassenhass angereizt oder der Holocaust geleugnet wird.“

Zimmer berichtet, dass ZARA anfangs viele Meldungen über die Seite erhalten hat und auch von einigen Veröffentlichungen selbst betroffen gewesen sei. Rasch sei klar gewesen, „dass die Täter in bestimmten, vermutlich bereits polizeibekanntem neonazistischen Kreisen zu suchen sind“. „Es verwundert uns allerdings, dass die Ermittlungen bislang (trotz kolportierter Einrichtung einer Sonderkommission) zu keinerlei greifbaren Ergebnissen geführt haben“, sagte Zimmer – allerdings vor Bekanntwerden, dass es bereits die ersten Geständnisse gibt.

Und noch etwas merkt Zimmer an: in jüngster Zeit sehe sich ZARA mit einer Zunahme an Meldungen anti-muslimischer Blogs und Seiten konfrontiert. Auch das fällt natürlich unter Cyber Hate.

www.inach.net

www.zara.or.at

www.jugendschutz.net